



Der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozess.

Das Plaidoyer des Oberreichsanwalts. Nach Schluss der Beweisaufnahme ergriff der Oberreichsanwalt das Wort zur Anklagerede. Er betonte, dass keiner der bisherigen Prozesse so viele Schwereitäten geboten habe wie der heutige, da die Zeugnisaussagen sich diametral gegenüberständen.

Die Plaidoyers der Verteidiger. Die Verteidiger des Majors Crusius legen in längeren Ausführungen dar, dass das Völkerrecht überhaupt nicht mehr als bestehend hätte gelten können, nachdem die Franzosen die Nettoyours eingeführt hätten.

General Stenger, der sichtlich erregt war, sprach seine Genugtuung darüber aus, dass es ihm unmöglich sei, die schimpflichen Anschuldigungen zurückzuweisen. Er habe niemals das Völkerrecht verletzt und kein Verbrechen begangen.

Vorspiel zum U-Boot-Prozess Boldt. In London wurde vom englischen Richter ein Mann der Besatzung des englischen Hospitalschiffes „Landoverry Castle“ wegen der bevorstehenden Prozesse gegen die Oberleutnants Boldt und Dittmar vernommen.

Presse und Wiederaufbau. Der Hamburger Preisetag. Am Montag schloß der diesjährige Delegiertentag des Reichsverbandes der deutschen Presse in Hamburg seine sachlichen Beratungen ab.

nommen, in der gefordert wird, daß das seit 800 Jahren deutsche Land ganz und ungeteilt bei Deutschland bleibe. Dann folgte für die Teilnehmer des Kongresses eine Rundfahrt durch den Hafen und am Abend fanden sie sich in dem herrlich an der Elbe gelegenen Park-Hotel in Altona an, wo ein Empfang durch den Hamburger Ausschuss für Wiederaufbau stattfand.

Im Namen des Reichsverbandes antwortete ihm Professor Dr. Jung. Abm. Der Präsident der Hamburger Handelskammer, Senator Wittboest, sprach ausführlich über den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft.

Er führte u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaues ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, dem Problem, das nicht gelöst werden kann durch die Mittel der Politik, sondern nur von den Völkern selbst. Es handelt sich darum, einen Kontinent wieder herzustellen.

Die Rede Rathenaus wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die ganze Feyer nahm einen durchaus würdigen Verlauf und zeigte, welche Bedeutung der deutschen Presse für die Wiederaufbauarbeit am Vaterlande von allen maßgebenden Stellen zuerkannt wird.

Die Invalidenversicherung.

Erhöhung der Beiträge und Leistungen. Bei der Beratung der Neuregelung der Leistungen und Beiträge der Invalidenversicherung im Sozialen Ausschuss des Reichstages beantragten die Sozialdemokraten die Bildung folgender Lohnklassen nach dem Jahresarbeitsverdienst:

Aber der Geheimrat wiegte nur den Kopf. Herr von Bassenheim — können Sie mir Ihr Ehrenwort geben, daß Sie die Wahrheit gesprochen haben? „Mein Ehrenwort!“ Und der Mittelmeister, der bleich bis in die Schläfen geworden war, so daß sein sonst brünettes Gesicht beinahe gelb erschien, hob seine Hand.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Karsten (N. S.), wonach als Beitragswochen der Lohnklasse 2, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen, die vollen Wochen angerechnet werden, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- und Kriegsjahren militärische Dienstleistungen verrichtet hat oder wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen ist, seine Berufstätigkeit fortzusetzen.

Der Gesetzentwurf über die Änderung der Invalidenversicherung wurde im übrigen wesentlich gemäß der Regierungsvorlage vom Ausschuss angenommen.

Ein Antrag zur Angestelltenversicherung.

Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei haben einen Gesetzentwurf als Initiativantrag eingebracht, der die dringendsten Forderungen zur Gesunderhaltung der Finanzen der Angestelltenversicherung erfüllt und eine geordnete Sicherstellung angemessener Versorgung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invaliddität, sowie für den Fall des Todes den Hinterbliebenen gewährleisten soll.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 5. Juli 1921.

Heute ist Dienstag, also wieder zunächst die üblichen „kleinen Anfragen“. Dann folgen allerhand geschäftsordnungsmäßige Kleinigkeiten, ehe man zur 2. Lesung des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestellten-Versicherung übergeht.

Ferner liegt ein Kompromissantrag der Regierungsparteien vor, der bis zur endgültigen Neuregelung der Angestelltenversicherung folgende drei neue Gehaltsklassen der Versicherungspflicht bis zu einem Einkommen von 30 000 Mark jährlich festsetzt.

Am diese Anträge entspinnt sich natürlich eine heftige Debatte. Die Angestelltenführer der Rechten Lambach (Dnal.) und Thiel (D. Vp.) wenden sich gegen die Art, wie die Sozialdemokraten die Novelle zur Angestelltenversicherung behandelt haben.

Abg. Andre vom Zentrum und der Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) weisen auf die mangelhafte Vorbereitung des Antrages

hin, es müsse aber schnell ein Provisorium geschaffen werden. Nachdem der Demofrat Erkelenz noch einmal für das Provisorium eingetreten ist, erfolgt die Abstimmung. Der Antrag über die Beihilfen der Rentenempfänger wird unter Streichung des § 4a, der Kompromissantrag zur Angestelltenversicherung in 2. Lesung angenommen.

Darauf beschäftigt man sich mit den Interpellationen über den Fall Jagow. Die Interpellation der Regierungsparteien begründet Abg. Dr. Spahn (Str.). Der Reichsjustizminister hätte im Reichstag erklärt, Jagow — der während des Kapp-Putsches als Minister des Innern eine Gastrolle gegeben hatte — könne gerichtlich nicht verfolgt werden, weil er krank und sein Aufenthaltsort unbekannt sei.

Dr. Rosenfeld (N. S.) begründet die von seiner Partei eingebrachte Interpellation, die der Justiz Parteipolitik vorwirft. Gegen Arbeiter gehe man auf das Schärfste vor, während Leute wie Jagow möglichst schonend behandelt würden.

Reichsjustizminister Schiffer teilt darauf mit, daß er sich damals bei seinen Aufgaben geirrt habe. Er habe nicht gewußt, daß damals Jagows Vernehmung vom Reichsgericht bereits beendet sei. Nicht Jagows angebliche Krankheit sei der Grund, daß er noch auf freiem Fuße sei, sondern lediglich die Erwägung, daß kein Mordverdacht vorliege, der eine Inhaftierung begründe.

Der Reichskanzler über Deutschlands Finanzen.

Erst zum 11. Punkt der Tagesordnung ergriff der Reichskanzler und Finanzminister Dr. Wirth das Wort zu der großen Steuerrede. Im ersten Teil seiner langen Rede beschäftigt er sich mit den finanziellen Voraussetzungen unserer heutigen Wirtschaftslage.

Das gleiche Schicksal hat der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Wochenbeihilfe und Wochenfürsorge. Nach einer kleinen Debatte, in die außer weiblichen Parlamentsmitgliedern auch der Reichsarbeitsminister eingreift, wird die Vorlage in 2. Lesung angenommen.

Der Reichskanzler weist die deutsche Öffentlichkeit auf die verhängnisvollen Folgen der Geldwertverminderung hin. Rede

Der Herr des Codes.

Roman von Karl Rosenr. Nachdruck verboten. Und da schloß er wieder den Blick des Geheimrates, sah diese dunkelen, runden Augen, die durch die schwarzen Brillengläser etwas so Klammerndes erhellten, auf sich gerichtet.

Herr von Bassenheim, was Sie da sagen, kann wahr sein, verzeihen Sie, aber, wie die Dinge liegen, kann ich mich mit dieser einfachen Erklärung nicht begnügen. „Was wollen Sie?“ „Mit welchen Herren haben Sie gesprochen?“ „Ich weiß es wirklich nicht mehr recht.“ Hastig, abtuend, ohne Besinnung war das hervorgehoben.

leicht den roten Araan. Der rechte Arm zuckte ein wenig auf und sank gleich wieder. Der andere hielt seine Hände selbstiam straff am Leibe. „Herr Mittelmeister!“ Nur die Silberporen klirrten — lauten — Der Mittelmeister ging über den weichen Teppich.

und daß, wie er über den Platz aekstirten war, die Ankulade einer Elektrischen immer wieder aeklungen hatte — — tafmäßig, hell, wie kurze tönende Hammerschläge. „Recht istraf er auf.“ „Hier kam sein Ziel —“ Von weitem schon suchte sein Bild.



